

Fraktionsantrag

- öffentlich -

Datum: 30.09.2026

Antragsteller	SPD/FDP-Fraktion	
Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	01.10.2026	beschließend

Betreff:

**Konkurrierender Hauptantrag der SPD/FDP-Fraktion zu FA/2026-163
Einrichtung eines strukturierten Mediationsverfahrens zur Wiederherstellung der politische
Gesprächsfähigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Raunheim**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihr Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und zu einer politischen Kultur, die von gegenseitigem Respekt, Fairness, Sachlichkeit und der Achtung der Würde jedes Einzelnen geprägt ist. Politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe sind über Positionen, Entscheidungen und politisches Handeln zu führen. Tatsächliche oder zugeschriebene Herkunft, Religion oder kulturelle Prägung dürfen nicht dazu genutzt werden, politische Mitbewerber auszugrenzen, herabzusetzen oder ihre Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft infrage zu stellen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass Appelle und Resolutionen allein nicht ausreichen, um das zerrüttete Verhältnis zwischen Stadtspitze, Magistrat, Fraktionen und Parteien in Raunheim zu heilen. Sie beschließt daher die Einrichtung eines strukturierten, extern begleiteten Mediationsverfahrens.
3. Das Mediationsverfahren wird nach dem Zwiebelprinzip von innen nach außen in vier Stufen geführt:
Stufe 1, innerer Kreis: Bürgermeister, Erster Stadtrat und die Vorsitzenden der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen. In diesem Kreis werden die Kernkonflikte der vergangenen Jahre offen benannt und bearbeitet.
Stufe 2, Gremien: Magistrat und Fraktionen in ihrer Gesamtheit. Ziel ist eine gemeinsame Vereinbarung über den künftigen Umgang miteinander in Sitzungen, in der Öffentlichkeitsarbeit und in den sozialen Medien.
Stufe 3, Parteien und Wählergruppen: die Vorstände der in Raunheim aktiven Parteien und Wählergruppen. Ziel ist eine Verständigung über faire Regeln für kommende Wahlkämpfe.
Stufe 4, Stadtgesellschaft: Vereine, Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen, Ausländerbeirat, Seniorenbeirat, Jugendvertretung und interessierte Bürgerinnen und Bürger in einem moderierten Stadtdialog. Ziel ist es, die Gräben zwischen den unterschiedlichen Lebensrealitäten in Raunheim zu benennen und gemeinsame Wege des Zusammenlebens zu entwickeln.
Jede Stufe wird erst begonnen, wenn die vorhergehende Stufe mit einer schriftlichen Vereinbarung abgeschlossen ist.
4. Das Verfahren wird von einer externen, neutralen und ausgebildeten Mediatorin oder einem Mediator geleitet. Die SPD Fraktion schlägt hierfür Michael Siebel, ehemaliger Landtagsabgeordneter mit Mediationsausbildung, vor. Die Stadtverordnetenvorsteherin oder der Stadtverordnetenvorsteher stimmt die Personalauswahl mit allen Fraktionsvorsitzenden ab und

beauftragt die Mediation im Einvernehmen mit dem Magistrat. Kommt kein Einvernehmen über die vorgeschlagene Person zustande, wird gemeinsam eine andere geeignete Person bestimmt.

5. Für das Verfahren gelten Vertraulichkeit und Freiwilligkeit. Alle Beteiligten verpflichten sich, für die Dauer des Verfahrens auf persönliche Angriffe in Sitzungen, Pressemitteilungen und sozialen Medien zu verzichten. Die Ergebnisse der Stufen 2 bis 4 werden als gemeinsame Vereinbarung veröffentlicht.

6. Der Magistrat wird beauftragt, die für das Verfahren erforderlichen Mittel bereitzustellen und die organisatorische Abwicklung sicherzustellen. Stufe 1 beginnt spätestens im November 2026. Die Stadtverordnetenversammlung erhält im März 2027 einen ersten Zwischenbericht.

Anlage(n):

(1) SPD/FDP-Konkurrierender Hauptantrag